

DER LUXEMBURGISCHE PENSIONSFONDS UND DIE MENSCHENRECHTE



INHALT

Redaktion & Texte:

Nadine Haas / ASTM, Dietmar Mirkes / ASTM, Carole Reckinger / Caritas, Katy Medernach, Ekkehart Schmidt / etika

Luxemburg, im Mai 2017

Die Plattform Votum Klima, gegründet im Jahr 2009, wird von folgenden 26 luxemburgischen Nichtregierungsorganisationen getragen: Aide à l'Enfance de l'Inde, Aktioun Öffentlechen Transport, Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés (ASTI), Action Solidarité Tiers Monde (ASTM), ATTAC Luxembourg, Bio-Lëtzebuerg, Caritas Luxembourg, Centre for Ecological Learning Luxembourg (CELL), Cercle de Coopération, Conférence Générale de la Jeunesse Luxembourgeoise (CGJL), Eglise Catholique à Luxembourg, etika, Eurosolar Lëtzebuerg, Fairtrade Lëtzebuerg, Frères des Hommes, Greenpeace Luxembourg, Handicap International, Kommission Justitia et Pax, Lëtzebuurger Velos-Initiativ, Mouvement Ecologique, natur&emwelt, Orang Utan Help Lëtzebuerg, Partage.lu, SOS Faim Luxembourg, UNICEF, Vegan Society Luxembourg.

Titelfoto: Fischer auf einem ölverseuchten Fluss im Niger-Delta in Nigeria

©Alagoa Morriss, ERAAction Nigeria

Der luxemburgische Pensionsfonds und die Menschenrechte — Vorwort **3**

Newmont Mining:

Die Goldmine Yanacocha in Peru **4**

- Das Erweiterungsprojekt Cierro Quilish **5**
- Das Erweiterungsprojekt Conga **6**

Der luxemburgische Pensionsfonds **8**

- Die Struktur **8**
- Die Investitionspolitik **9**
- Wer ist GES? **9**
- ESG-Kriterien für Unternehmen **10**

Wie geht der Pensionsfonds mit Konzernen wie Newmont Mining um? **11**

Wie misst man Menschenrechtsverletzungen? **12**

Verseuchter Lebensraum:

Shells Ölverschmutzungen im Niger-Delta **14**

Landraub für Palmöl:

Wilmars Plantagen in Indonesien **16**

Stand with Standing Rock:

Die Dakota Access Pipeline auf heiligem Land **18**

Vergiftete Bauern:

Monsantos Herbizide unter weltweiter Kritik **20**

Beispiele anderer Pensionsfonds **22**

Schlussfolgerungen **23**



This publication has been produced with the Assistance of the European Union in the project "The Future we want". The contents of this publication are the sole responsibility of ASTM / Climate Alliance Luxembourg and can in no way be taken to reflect the views of the European Union.

DER LUXEMBURGISCHE PENSIONS FONDS UND DIE MENSCHENRECHTE VORWORT

Im Rahmen einer Klimabündnis-Studienreise besuchte eine Gruppe europäischer Vertreter von Gemeinden und NGOs im Juni 2014 die Goldmine Yanacocha in der Nähe von Cajamarca im Norden Perus. Die Besucher waren schockiert davon, wie rücksichtslos der Betreiber Newmont Mining Umwelt und Anwohner behandelt und scheinbar allein seine Profitrate im Auge hat. Umso größer wurde die Betroffenheit, als sich herausstellte, dass der luxemburgische Pensionsfonds Anteile an Newmont Mining hält. „Ich will nicht, dass meine Rente auf diese Art und Weise zustande kommt“, so einer der luxemburgischen Teilnehmer.

Dies führte Votum Klima zu allgemeineren Betrachtungen: Gibt es noch mehr solcher Unternehmen im Portfolio des luxemburgischen Pensionsfonds? Kontrolliert der Pensionsfonds, ob und wie mit seinem Geld Umwelt- und Menschenrechte respektiert werden?

Zwei neue Entwicklungen im Jahr 2015 rückten diese Fragen wieder in den Fokus: Im September unterzeichneten die Staatsoberhäupter von über 200 Staaten in New York die *Sustainable Development Goals* (SDG). Und nur wenige Monate später, im Dezember 2015, einigte sich die Staatengemeinschaft auf dem Klimagipfel in Paris auf das völkerrechtlich verbindliche *Paris Agreement*.

Die großen Finanzinstitutionen tragen bei der Umsetzung dieser beiden Abkommen eine besondere Verantwortung. So betonte der renommierte britische Ökonom Nicolas Stern Ende 2016: „Die beiden folgenden Jahrzehnte entscheiden darüber, ob und wie viel Gelder wir in nachhaltige Infrastrukturen investieren, die zielführend für

diese globale Agenda sind oder nicht. Hier sind vor allem die Finanzministerien und die großen Entwicklungsbanken gefordert.“

Das Europäische Parlament verabschiedete im November 2016 neue Regeln für öffentliche Pensionsfonds. Investitionsentscheidungen müssen Umwelt- und soziale Faktoren und Risiken sowie gute Regierungsführung berücksichtigen, die sogenannten ESG-Kriterien. Ihre Umsetzung muss Bestandteil regelmäßiger öffentlicher Berichte sein und Fondsmanager dürfen nicht mehr allein danach beurteilt werden, ob sie Kapitalerträge optimiert haben.

Für den luxemburgischen Pensionsfonds müssen als Handlungsmaxime nicht nur die SDG und das *Paris Agreement* gelten, sondern auch die zahlreichen internationalen Konventionen, die Luxemburg ratifiziert hat. Viele von ihnen dienen ausdrücklich dem Schutz der Menschenrechte.

Während Votum Klima im Herbst 2016 als Teil der weltweiten *Divestment*-Bewegung vor allem forderte, dass öffentliche Gelder nicht weiter in fossile und nukleare Energien investiert werden dürfen, beleuchten wir an dieser Stelle nun den Aspekt der Menschenrechte – die man in der Realität kaum von Umweltrechten trennen kann. Wir beginnen mit einer detaillierten Analyse eines Fallbeispiels, nämlich der besagten Goldmine von Yanacocha in Peru, um dann anhand anderer Unternehmen rund um den Globus, in die der luxemburgische Pensionsfonds investiert, zu zeigen, dass dies kein Einzelfall ist. Weiterhin wird die Frage untersucht, wie der Pensionsfonds funktioniert und wie er mit Verstößen umgeht. Die Studie schließt mit einer Reihe von Ideen und Anregungen. ■

NEWMONT MINING: DIE GOLDMINE YANACOCHA IN PERU

Die Goldmine Yanacocha wird seit 1993 von der Gesellschaft Minera Yanacocha betrieben, deren Hauptaktionär mit 51,35% die US-amerikanische Newmont Mining Corporation mit Sitz in Denver / USA ist. Das peruanische Unternehmen Buenaventura hält 43,65% und die International Financial Corporation, die zur Weltbankgruppe gehört, die restlichen 5%.

Newmont betreibt weitere Goldminen, u. a. in Indonesien, Ghana und den USA.

Die Goldmine Yanacocha auf über 3.500 Meter Höhe in den peruanischen Anden ist die größte Goldmine des amerikanischen Kontinents und eine der profitabelsten weltweit. Seit der Eröffnung im Jahre 1993 hat die Mine mehr als 780 Tonnen Gold produziert.

WIE FUNKTIONIERT EINE GOLDMINE?

Die Fläche der Yanacocha-Mine ist größer als die der nahe gelegenen Stadt Cajamarca mit ihren 210.000 Einwohnern. Um das Gold abzubauen werden Gesteine losgesprengt, zermahlen und zu großen Halden aufgehäuft. Diese Halden werden mit einer Zyanidlösung bewässert, um das Gold vom Gestein herauszutrennen. Dafür braucht die Mine Unmengen von Wasser, das aus den Flüssen und Bergseen der Umgebung abgepumpt wird. Durch den Zusatz weiterer chemischer Elemente (z. B. Quecksilber) wird das Gold schließlich aus der Lösung getrennt.

ÖKOLOGISCHE AUSWIRKUNGEN



Der riesige Wasserbedarf der Mine hat zu einer Verringerung und dem Versiegen von Wasserquellen geführt. Heute leiden die

Bewohner Cajamarcas unter Wasserknappheit.

Zudem sind große Teile des verbleibenden Wassers durch giftige chemische Substanzen verseucht.

DIE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION IN CAJAMARCA

Die 1,5 Millionen Einwohner der Region Cajamarca leben vor allem von Landwirtschaft und Tierhaltung, also Aktivitäten, die sehr stark von Wasser, Land und Weiden abhängig sind. Die Landwirtschaft beschäftigt mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, der Bergbau hingegen weniger als 1%. 2010 war fast die Hälfte der Fläche Cajamarcas für den Bergbau konzessioniert. Die meisten Steuereinnahmen aus dem Bergbau gehen an die peruanische Zentralregierung, ohne ausreichende Zuteilung an die Region für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Die Region Cajamarca, die vor 20 Jahren die drittärmste Region Perus war, ist jetzt die ärmste, mit der höchsten Analphabeten-, Säuglings- und Müttersterblichkeitsrate des Landes. ■





Die Bergseen und die Paramo-Vegetation sind wichtige Wasserspeicher

© Jacob Holdt: ASTIM

DAS ERWEITERUNGSPROJEKT CIERRO QUILISH



Marco Arana wird von der Polizei festgenommen und geschlagen

© Grufides

Im Jahr 2002 genehmigte das peruanische Bergbauministerium den Antrag von Minera Yanacocha auf Erschließung des Berges Quilish. Da dieser Berg ein wichtiger Wasserspeicher für die Region und für die Einheimischen heilig ist, löste die Genehmigung Massendemonstrationen in Cajamarca aus. Die Polizei reagierte mit Gewalt und tötete in einer der Auseinandersetzungen einen Bauern. Die Stadtverwaltung schloss sich den Protesten an und trat zusammen mit der Stadtbevölkerung in einen unbefristeten regionalen Streik. Ende 2004 zog das Bergbauministerium die Genehmigung zur Ausbeutung des Quilish schließlich zurück. ■



Marco Arana, ehemaliger Pastor aus Cajamarca, wurde zu einem der Führer des gewaltfreien Widerstandes der Bevölkerung. Er kämpft seit 20 Jahren für strengere Umweltauflagen im Bergbau und für die

Stärkung der Rechte der betroffenen Bevölkerung. Er vermittelte immer wieder zwischen Bewohnern und der Polizei sowie den schwer bewaffneten Sicherheitskräften von Yanacocha. Berichten zufolge beauftragte Minera Yanacocha eine Sicherheitsfirma, ihn und andere Aktivisten auszuspähen, zu schikanieren und zu bedrohen. Arana wurde mehrmals festgenommen und entging nur knapp einem Anschlag. 2010 erhielt Marco Arana den Internationalen Aachener Friedenspreis für seinen gewaltlosen Widerstand. Der Film „Operación Diablo“ dokumentiert seinen Kampf und erhielt 2011 den International Human Rights Film Award. Marco Arana sagte in seiner Dankesrede: „Mein Weg ist nicht mit Gold gepflastert. Aber es ist ein Weg zu Frieden und Gerechtigkeit“.



Straßensperre durch Spezialeinheiten der Polizei

DAS ERWEITERUNGSPROJEKT CONGA

© GRU/IDES

Minas Conga heißt das nächste Erweiterungsprojekt der Minera Yanacocha. Das größte Minenprojekt Perus liegt an den Oberläufen der wichtigsten Flüsse der Region; ihm würden zudem vier Bergseen zum Opfer fallen, die durch künstliche Stauseen ersetzt werden sollen.

Die Bewohner sorgen sich um ihre Wasserquellen und den Zugang zu sauberem Wasser.

Das Conga-Projekt wurde ohne hydro-geologische Studie genehmigt. Auf diese Entscheidung der Regierung folgten 2011 soziale Unruhen und massiver Widerstand. Die Bewegung ‚Hüter der Bergseen‘ mobilisierte Tausende Menschen aus verschiedenen Provinzen. Bei Konfrontationen mit der Polizei wurden mehrere Menschen verletzt und Newmont musste die weiteren Planungen für das Conga-Projekt auf Eis legen.

Die Protestbewegung organisierte wenig später einen ‚Marsch für Wasser‘ über 850 km von Cajamarca nach Lima, an dessen Schlusskundgebung über 15.000 Menschen teilnahmen. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand und Hunderte von Bauern, Aktivisten

und lokalen Führer wurden Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen.

KRIMINALISIERUNG, ENTEIGNUNG UND EINSCHÜCHTERUNG

Um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen, bedienen sich die Minengesellschaft und der Zentralstaat bis heute verschiedener Methoden. Die Polizei spielt dabei eine besondere Rolle.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker dokumentiert im Bericht „Polizei im Solde der Rohstofffirmen“ sieben bis dahin geheim gehaltene Verträge zwischen Rohstofffirmen und der peruanischen Polizei, darunter auch einen Geheimvertrag mit Minera Yanacocha. Diese regeln, dass das Unternehmen jederzeit die Polizei um Unterstützung bitten darf, z. B. bei Überwachungs- oder Schutzeinsätzen. Im Gegenzug leisten die Unternehmen finanzielle und logistische Unterstützung. Polizisten wird z. B. ein Bonus für jeden Einsatz ausgezahlt. Dadurch erhalten sie einen Anreiz, im Interesse der Unternehmen zu handeln und Proteste mit Gewalt aufzulösen, anstatt



Die Hüter der Bergseen

02/19/2014 © GRU/IDES



Demonstration zum Schutz des Bergsees El Perol

© GRU/IDES

Newmont Mining und Menschenrechte

Ende 2015 hielt der luxemburgische Pensionsfonds Wertpapiere von Newmont Mining im Wert von etwa einer Million Euro.

Das Vorgehen von Newmont steht im Widerspruch zu folgenden Konventionen (siehe S. 13):

- ICCPR
- ICESCR

Es besteht ein Risiko für die Verletzung folgender Rechte:

- Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit
- Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (Recht auf Selbstbestimmung)
- Recht auf Wasser
- Recht auf Gesundheit

Das Vorgehen des Unternehmens steht im Widerspruch zu folgenden SDG (siehe S. 13):



die Ursachen zu bekämpfen und die Bevölkerung vor Übergriffen durch die Unternehmen zu schützen.

Darüber hinaus dürfen private Unternehmen Soldaten und Polizisten während ihrer dienstfreien Zeit unter Vertrag nehmen – in Uniform und mit ihren Dienstwaffen. Folglich nimmt die lokale Bevölkerung die Ordnungskräfte als parteiisch wahr, was das Gefühl der Rechtsunsicherheit erhöht.

Aufgrund des Widerstandes der Bevölkerung kündigte Newmont Mining im Frühjahr 2016 an das 4,8 Milliarden US-Dollar schwere Projekt bis auf Weiteres ruhen zu lassen.

Peru ist kein Einzelfall für die Art, wie Newmont Mining versucht, seine Interessen durchzusetzen. Ähnliche Vorgehensweisen sind auch für ihre Goldminen in Indonesien, Ghana und Nevada / USA dokumentiert. Das Unternehmen erhielt 2009 den *Public Eye award for corporate irresponsibility*. 2012 platzierte die Schweizer ESG-Daten-Firma RepRisk Newmont auf Rang zwei der umstrittensten Minengesellschaften der Welt. ■

ZUM WEITERLESEN:

- Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz und GRUFIDES, 2016: «Tatort Cajamarca». Goldkonzern Yanacocha und Menschenrechtsverletzungen in Peru. https://assets.gfbv.ch/downloads/tatort_cajamarca.pdf
- Philip Mattera, Corporate Research Project, 2015: Newmont Mining. <http://www.corp-research.org/newmont>
- Bernd Bornhorst und Elisabeth Strohscheidt: Zwei Seiten einer Medaille. Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung, 2010. <http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uire0001.html>
- <http://www.grufides.org/>



© Jacob Holdt

Máxima Acuña de Chaupe steht der Minengesellschaft beim Conga-Projekt im Weg: Das Anwesen, das die indigene Bäuerin 1994 erworben hatte, liegt auf dem Gelände, welches das Unternehmen für das Projekt braucht. Doch Máxima Chaupe weigert sich, ihr Land zu verkaufen. Daraufhin brannten 2011 Sicherheitspersonal der Minera Yanacocha und Spezialeinheiten der peruanischen Polizei ihr Haus nieder. Chauptes Familie wurde zusammengeschlagen.

Doch die Beschwerden der Familie Chaupe gegen die Mine und deren Einschüchterungstaktiken wurden abgelehnt. Im Gegenzug erhob Minera Yanacocha Anklage gegen Máxima Chaupe wegen illegaler Aneignung von Mineneigentum. Trotz eines legalen Landtitels wurde sie in erster Instanz zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt und einer Entschädigungszahlung in Höhe von 2.000 US-Dollar an das Bergbauunternehmen. Máxima Chaupe ging in Berufung und wurde im Dezember 2014 vor dem Berufungsgericht von Cajamarca freigesprochen. Doch Minera Yanacocha ging in Revision und schikanierte Máxima Chaupe und ihr Familie weiter.

Inzwischen ist Máxima Chaupe in ganz Lateinamerika zu einem Symbol des Widerstands gegen einen Weltkonzern geworden. 2016 erhielt sie den renommierten Goldman-Umweltpreis.

Marco Arana und Máxima Acuña de Chaupe sind keine Einzelfälle: Gegner von großen Rohstoffprojekten werden systematisch eingeschüchtert und kriminalisiert, mit dem Ziel, den Widerstand in der Bevölkerung gegen Minen- und andere große Projekte zu brechen.

DER LUXEMBURGISCHE PENSIONS FONDS

DIE STRUKTUR

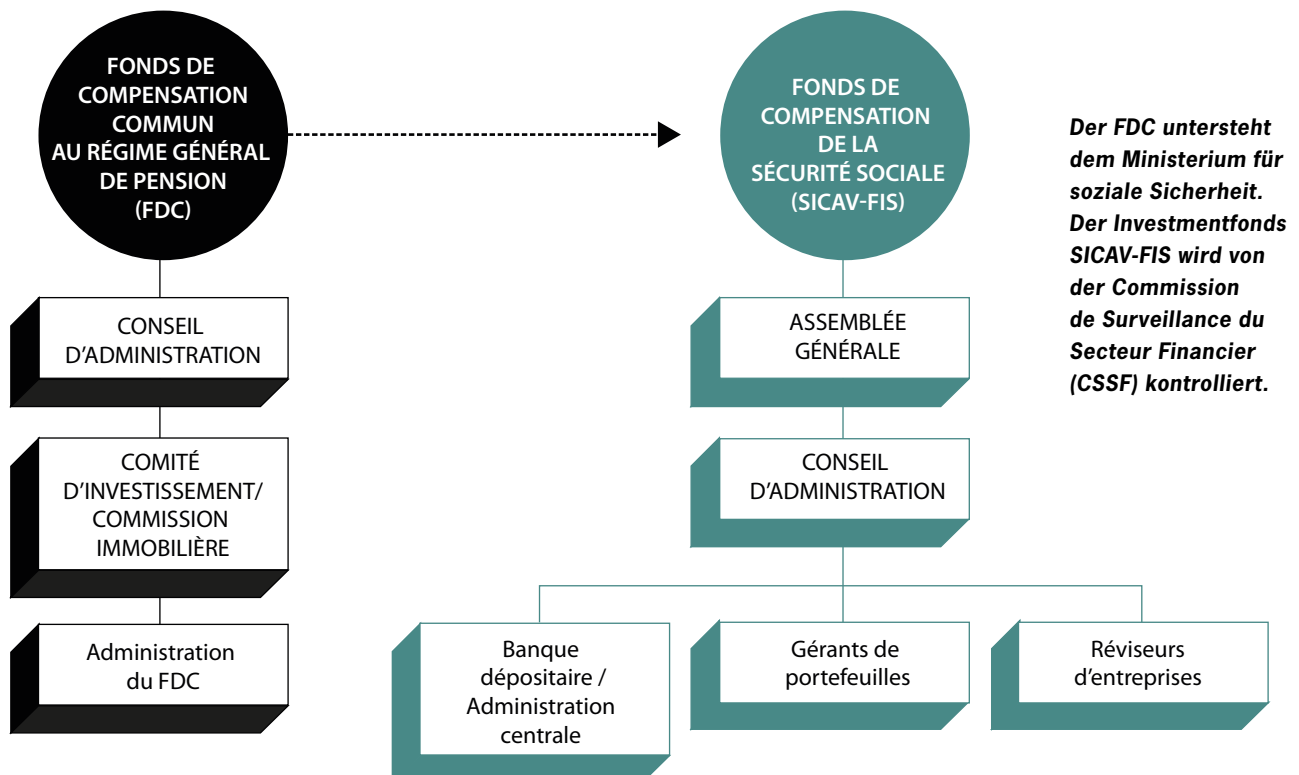
Der luxemburgische Pensionsfonds (*Fonds de compensation commun au régime général de pension*) wurde 2004 gegründet und untersteht dem Ministerium für soziale Sicherheit. Der Pensionsfonds verwaltet die Reserven der allgemeinen Rentenversicherung und investiert sie, um das bestehende Rentensystem langfristig zu garantieren. Angestrebt wird eine jährliche Rendite von mindestens 3,8%.

Als öffentliche Einrichtung sind dem Pensionsfonds per Gesetz nur bestimmte Geldanlagen möglich. So finanziert der Pensionsfonds Immobilien in Luxemburg, vergibt Darlehen an Gemeinden und Unternehmen, und hält Wertpapiere der *Société nationale des habitations à bon marché*.

Im Jahr 2007 wurde ein zusätzliches Anlageinstrument für den Pensionsfonds ins Leben gerufen: der

Fonds de compensation de la sécurité sociale SICAV-FIS. Diese Investmentgesellschaft verfügt über 14,28 der insgesamt 15,81 Milliarden Euro der Reserve des Pensionsfonds (Stand 2015). Es handelt sich um eine *société anonyme* mit einem einzigen Gesellschafter – dem Pensionsfonds. Der Verwaltungsrat der SICAV-FIS besteht aus den Verwaltungsratsmitgliedern des Pensionsfonds sowie drei externen Finanzexperten.

Der Pensionsfonds schließt Verträge mit verschiedenen Fondsmanagern, welche dann innerhalb eines bestimmten Portfolios investieren. Dies passiert entweder aktiv (2015: 61,51%) oder passiv (38,49%). Bei den passiven Investitionen werden die Mittel des Pensionsfonds vorbehaltlos in alle Unternehmen investiert, die in einem bestimmten Index gelistet sind.



DIE INVESTITIONSPOLITIK

Im Gründungsgesetz des Pensionsfonds von 2004 wurde festgelegt, dass dessen Anlagen breit genug gefächert sein sollen, um Risiken zu begrenzen. Der gesetzliche Rahmen bestimmt jedoch keine normativen Investitionskriterien.

Im Sommer 2010 geriet der Pensionsfonds unter Druck aufgrund von Investitionen in mehrere Unternehmen, die an der Produktion von Streubomben beteiligt waren. Luxemburg hatte 1999 die Ottawa-Konvention ratifiziert, welche die Produktion und den Einsatz solcher Waffen verbietet. Der Pensionsfonds stoppte daraufhin die Investitionen in die betroffenen Unternehmen.

2011 kündigte man an, im Rahmen der internationalen Konventionen, die von Luxemburg ratifiziert wurden, eine sozial verantwortlichere Investitionspolitik einzuführen. Die Firma GES erhielt den Auftrag, die

Unternehmen des SICAV-FIS-Investitionsuniversums anhand von ESG-Kriterien (siehe Seite 10) zu bewerten. Nach einem ersten *Screening* übermittelte GES dem Pensionsfonds eine schwarze Liste von etwa 60 Unternehmen, die daraufhin von weiteren Investitionen ausgeschlossen wurden. Seitdem wird das Investitionsuniversum des Pensionsfonds zweimal jährlich von GES überprüft. Solange GES also nichts beanstandet, fließen die Gelder weiter.

Die Ankündigung des Präsidenten des Pensionsfonds, dieses *Screening*-Verfahren mittelfristig zu ergänzen durch die Entwicklung von Referenzindexe, welche auf ESG-Kriterien basieren, wurde bisher nur ansatzweise umgesetzt: nur 4,5% (647,78 Millionen Euro) des gesamten SICAV-FIS wurden 2015 ESG-gerecht investiert.

WER IST GES?

Die Firma GES (Global Engagement Services) handelt im Auftrag von Investoren. Einerseits überprüft sie deren Investitionen, um Unternehmen zu identifizieren, welche gegen ESG-Kriterien verstoßen. Andererseits geht sie auf diese Unternehmen zu und versucht, einen Wandel innerhalb des Unternehmens anzustoßen – dies ist mit dem Begriff *engagement process* gemeint. Ziel ist es, die Unternehmen zu mehr Verantwortung im ESG-Bereich zu motivieren. GES setzt auf eine Zusammenarbeit mit Unternehmen und sieht Ausschlussverfahren als letzte Instanz.

Auch für den luxemburgischen Pensionsfonds überprüft die GES alle Unternehmen, in die er investiert. Solange sich die GES im Dialog mit bestimmten Unternehmen befindet, bleiben diese auf einer internen grauen Liste. Erst wenn sich herausstellt, dass der *engagement process* erfolglos geblieben ist, werden die Unternehmen auf eine schwarze Ausschlussliste gesetzt, die an den Pensionsfonds weitergeleitet wird.

Selbstdarstellung GES

Ziel: nachhaltige Entwicklung (des Investments)

„GES is Europe’s leading provider of engagement services focusing on supporting asset owners and asset managers develop and implement integrated investment strategies with environmental, social and governance (ESG) considerations. Our due diligence of companies’ non-financial business conduct aims at **identifying financially material improvement objectives that can deliver increased shareholder value with the highest degree of stakeholder relevance and external credibility.**“ (<https://www.linkedin.com/company/ges-investment-services>)

Vorgehensweise: reaktiv, nicht proaktiv

„GES’ Business Conduct Engagement is event- or exception-driven. Irrespective of pre-investment considerations, surprises will happen with companies invested in. GES’ engagement assesses the incident as it has been identified, researches the potential impacts and underlying causes and if these are material and systematic we engage directly with the company to bring about the necessary governance and other changes.“ (www.ges-invest.com)

Über die Hälfte der rund 60 GES-Mitarbeiter ist im Bereich *research* tätig und im polnischen GES-Sitz angesiedelt. Hierbei handelt es sich in den meisten Fällen um junge Geisteswissenschaftler, die *desktop research* betreiben. Sie sind also nicht vor Ort, sondern recherchieren vom Büro aus und werten vor allem Nachrichten internationaler Medien aus. Den Informationen der GES-Webseite zufolge spricht die große Mehrheit dieser Mitarbeiter nur Polnisch und Englisch – anderssprachige Quellen bleiben ihnen also unzugänglich.

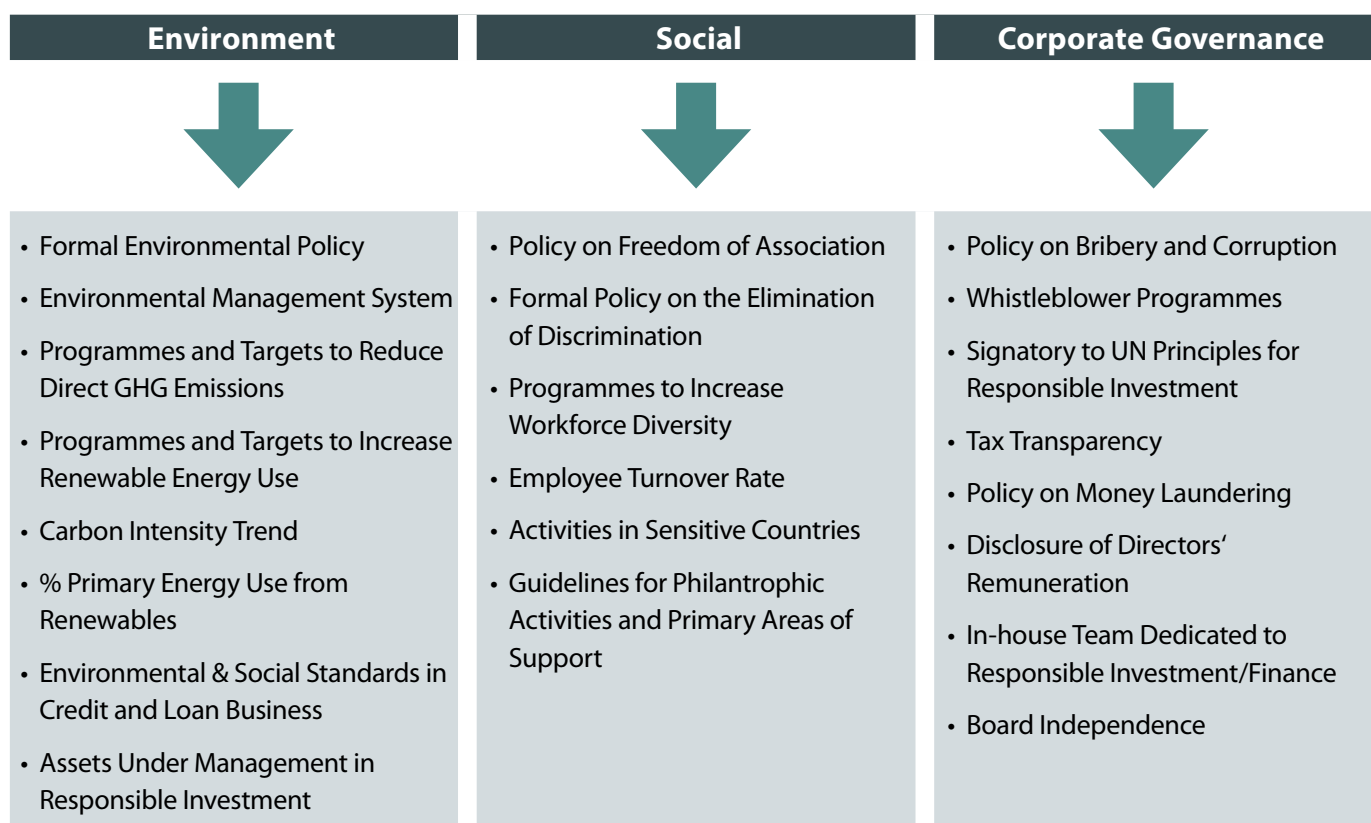
GES erhebt den Anspruch, Unternehmen objektiv zu bewerten, und verweist hierbei auf die politische, religiöse und finanzielle Unabhängigkeit der Firma. Man greife bei den Bewertungen auf „eine breite Anzahl von

Kriterien“ und „internationale ESG Richtlinien“ zurück. Genauere Informationen zu diesen Kriterien und der GES-Methodik sucht man auf der Webseite allerdings vergeblich.

- Die GES-Arbeitsweise ist intransparent.
- Das rein reaktive GES-Verfahren kann nicht verhindern, dass öffentliche Gelder des luxemburgischen Pensionsfonds in Unternehmen fließen, die Menschenrechte verletzen oder nicht ausreichend schützen.
- Das vom Pensionsfonds gewählte *Screening-System* bietet keine ausreichenden Garantien.

ESG-KRITERIEN FÜR UNTERNEHMEN

ESG-Kriterien – nach den englischen Begriffen *Environment*, *Social*, und *Governance* – sind Nachhaltigkeitskriterien, mit denen Geldanlagen bewertet werden. Diese können unterschiedlich definiert werden, wie etwa hier von der staatlichen deutschen Entwicklungsbank Kreditanstalt für Wiederaufbau:



WIE GEHT DER PENSIONS FONDS MIT KONZERNEN WIE NEWMONT MINING UM?



Spezialeinheiten der Polizei sperren den Zugang zu den Bergseen

Im Rahmen ihres Auftrags führte GES einen *engagement process* mit Newmont Mining und empfahl dem Pensionsfonds, das Unternehmen auf die graue Liste zu setzen. In einem Bericht an den Pensionsfonds 2014 schrieb GES in Bezug auf die Konflikte um die Minera Yanacocha: „It seems that the company is trying to address all communities concerns with regard to the Conga project in Peru.“ Zur Erinnerung: Das war nach der „Operación Diablo“ gegen Marco Arana, den Angriffen der Spezialeinheiten gegen die ‚Hüter der Bergseen‘ und der versuchten gewaltsamen Vertreibung von Máxima Chaupe von ihrem Land. Newmont habe GES gegenüber zugegeben, im Vorfeld nicht mit den Anwohnern gesprochen zu haben, es aber jetzt tun wolle, um verlorengegangenes Vertrauen wiederzugewinnen. Das Umweltverträglichkeitsgutachten sei auf Bitte der peruanischen Regierung von unabhängigen Experten überprüft worden; es stimme jedoch mit internationalen Standards überein. Auf Rat der Experten habe Newmont kleine Wasserreservoirs zur Speicherung von Regenwasser gebaut und Bewässerungskanäle verbessert. Trotz dieser Maßnahmen gehe der Widerstand in der Bevölkerung gegen das Conga-Projekt weiter.

Fazit: GES nimmt nur die Umstände wahr, die offensichtlich sind. GES untersucht vor allem Berichte in der internationalen Presse, Gerichtsurteile gegen Unternehmen, und öffentliche (positive und negative) Auszeichnungen. Damit bleiben sie aber an der Oberfläche – alltägliche Schikanen der lokalen Bevölkerung, verdeckte Aktionen gegen Aktivisten, Verwicklungen der Polizei in Menschenrechtsverletzungen usw. werden bei der Bewertung von Unternehmen nicht mit in Betracht gezogen.

Dies führt zu einer weichgezeichneten Abbildung der Realität zugunsten des Unternehmens und in diesem Falle der Entscheidung des Pensionsfonds, seine Beteiligungen an Newmont Mining beizubehalten.

Auch ökonomisch macht diese Bewertungsmethode wenig Sinn: GES hätte viel früher die Frage stellen können, ob es sinnvoll ist, angesichts der Umweltfolgen und des daraus resultierenden Widerstands der betroffenen Bevölkerung das Projekt Conga weiterzuführen. Letztendlich hat Newmont mit dem vorläufigen Stopp des Projektes Anfang 2016 spät reagiert. Viel Geld, Energie und Ansehen (für Sicherheitsfirmen, Polizeiverträge, Prozesskosten etc.) wurden vergeudet. ■

WIE MISST MAN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN?

Die Goldmine im peruanischen Cajamarca ist nicht das einzige Beispiel für Menschenrechtsverletzungen, die durch Unternehmen begangen wurden, in welche der luxemburgische Pensionsfonds investiert. In dieser Studie beleuchten wir vier weitere Fälle von Unternehmen in Afrika, Asien, Nordamerika und Europa.

KATEGORIEN DER BEWERTUNG

Wie bewertet man ein Unternehmen, wenn man über die rein finanziellen Leistungen hinausgehen und Menschenrechtsverletzungen mit einbeziehen möchte?

Ranking-Agenturen, ethische Investmentfonds und staatliche Pensionsfonds nutzen oft ihre eigenen Methoden und verschiedene Kriterien, um Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte zu bewerten.

In dieser Studie richten wir uns nach der folgenden, vom Norwegischen Staatlichen Pensionsfonds festgelegten Richtlinie: Unternehmen werden unter Beobachtung gesetzt oder ausgeschlossen, wenn ein untragbares Risiko besteht, dass sie zu schwerwiegenden oder systematischen Menschenrechtsverletzungen beitragen oder verantwortlich sind.

Um die in dieser Studie vorgestellten Fälle von Menschenrechtsverletzungen einordnen zu können, haben wir vier Kategorien erstellt:

- Kategorie 1: Es liegen schwere Vorwürfe von Seiten der lokalen Bevölkerung vor, dass ein Unternehmen gegen ihre Rechte verstoßen hat.
- Kategorie 2: Die Vorwürfe aus Kategorie 1 wiederholen sich, vermehren sich oder werden gestützt durch unabhängige Studien.
- Kategorie 3: Ein Unternehmen wird wegen der Verletzung der Rechte der lokalen Bevölkerung vor Gericht gestellt.
- Kategorie 4: Ein Unternehmen wird für die mit den Vorwürfen zusammenhängenden Ereignisse verantwortlich erklärt, von einem Gericht oder einer außergerichtlichen unabhängigen Institution, oder von dem Unternehmen selbst.

Drei der in dieser Studie vorgestellten fünf Fälle gehören in die vierte Kategorie, zwei in die dritte. Votum Klima ist davon überzeugt, dass auch Fälle der ersten drei

David gegen Goliath: Die Schwierigkeit, Gerechtigkeit einzufordern

Wenn es darum geht, gegen multinationale Konzerne wegen Menschenrechtsverletzungen anzukämpfen, sind die Hürden für die lokale Bevölkerung oft unüberwindbar:

- Hohe Gerichtskosten – im Gegensatz zu den fast unbegrenzten finanziellen Ressourcen der Konzerne
- Die Schwierigkeit, Muttergesellschaften für die Handlungen ihrer Tochtergesellschaften verantwortlich zu machen
- Schwierigkeiten beim Zugang zu Informationen
- Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Urteilen
- Korruption und Mittäterschaft der nationalen und lokalen Regierungen
- Belästigung, Drohungen und Mord an Menschenrechtsaktivisten

Kategorien ernsthaft untersucht werden müssen. Dies ist vor allem wichtig, wenn man eine präventive Investitionspolitik betreiben will.

Man muss im Auge behalten dass die Betroffenen oft Schwierigkeiten haben, Zugang zu gerichtlichen Verfahren zu bekommen.

INTERNATIONALE KONVENTIONEN UND SDG

In dieser Studie werden Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der von Luxemburg ratifizierten internationalen Konventionen untersucht. Wir beschränken uns auf Rechte der Anwohner und Konsumenten und lassen die Rechte der von den Unternehmen angestellten Arbeiter außen vor. Außerdem überprüfen wir die Aktivitäten der Unternehmen in Bezug auf die SDG.

ZEITRAHMEN

Der Pensionsfonds engagiert sich seit 2011 für eine ethische Investitionspolitik. Analysiert werden deshalb Fälle, die seit 2012 stattgefunden haben, oder die vorher aufgetreten sind, aber deren Folgen Anfang 2017 noch spürbar waren. ■

Relevante UN-Konventionen

Neben der nicht-bindenden europäischen Menschenrechtskonvention hat Luxemburg eine Reihe von UN-Konventionen ratifiziert. Hierbei handelt es sich um **völkerrechtlich bindende Verträge** zwischen den UN-Mitgliedsstaaten.

Für diese Studie sind die folgenden drei Konventionen besonders relevant:

Das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (**ICERD – International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination**) garantiert unter anderem das Recht auf Religionsfreiheit und auf Gleichbehandlung.

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (**ICCPR – International Covenant on Civil and Political Rights**) betrifft grundlegende Menschenrechte wie etwa das Recht auf Leben, das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit, das Recht auf Selbstbestimmung sowie das Recht auf die Freiheit der Forschung.


















Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (**ICESCR – International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights**) schreibt u.a. folgende Rechte völkerrechtlich fest: das Recht auf Nahrung, das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit, sowie das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard einschließlich des Rechts auf Wasser (dies beinhaltet das Recht, den Zugang zu bestehender Wasserversorgung zu erhalten).

Das EU-Parlament zu den Pensionsfonds

Laut einer Abstimmung des EU-Parlamentes im November 2016 müssen Pensionsfonds innerhalb der Europäischen Union zukünftig Umwelt-, soziale und Governance-Kriterien (ESG-Kriterien, siehe Seite 10) in ihre Investmentstrategien miteinbeziehen. So hofft man, Investmentgelder weg von fossilen Brennstoffen hin zu grünen Sektoren steuern zu können. Dem neuen Gesetz nach sollen negative Folgen für das Klima oder auch politische Aspekte gleich stark gewertet werden wie die Liquidität eines Unternehmens oder operationelle Risiken.

Laut WWF bedeutet die Abstimmung des EU-Parlaments, die bisherige Gesetze hinfällig macht, ein Meilenstein auf dem Weg hin zu verantwortlicheren Investitionen in Europa. Pensionsfonds innerhalb der EU verfügen über etwa 3,17 Billionen Euro.

Die Sustainable Development Goals

-  Ziel 1: Armut in jeder Form und überall beenden
-  Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
-  Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
-  Ziel 4: Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
-  Ziel 5: Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen
-  Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
-  Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern
-  Ziel 8: Dauerhafter, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
-  Ziel 9: Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
-  Ziel 10: Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern
-  Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
-  Ziel 12: Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen
-  Ziel 13: Umgehende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
-  Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
-  Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
-  Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
-  Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben

VERSEUCHTER LEBENSRAUM: SHELLS ÖLVERSCHMUTZUNGEN IM NIGER-DELTA



*Fischer auf einem
ölverseuchten Fluss im
Niger-Delta in Nigeria*

© Alagood Morriss, ERAction Nigeria

Das Niger-Delta im Süden Nigerias gilt als eine der ölverseuchtesten Regionen der Welt. Die Folgen der Ölverschmutzungen für die lokale Bevölkerung sind dramatisch: sie trinken verschmutztes Wasser, essen durch Öl und andere Giftstoffe verunreinigten Fisch und betreiben Landwirtschaft auf kontaminiertem Land. Atemprobleme, Hautläsionen und andere gesundheitliche Probleme sind weit verbreitet.

In Bodo im Niger-Delta wurde 2008 ein Ölunfall gemeldet, für den Shells nigerianische Tochtergesellschaft Shell Petroleum Development verantwortlich war. Es vergingen mehrere Wochen, bis Shell eingriff. Inzwischen verschmutzten geschätzte 16 Millionen Liter Öl das gesamte Lebensumfeld der Fischer und Bauern.

Die 15.000 Einwohner von Bodo klagten 2012 gegen Shell vor dem obersten Gericht in London. Drei Jahre später bot Shell ihnen eine außergerichtliche Einigung an in Form einer einmaligen Schadensersatzzahlung von 55 Millionen Pfund und der Reinigung der verschmutzten Gebiete. „In Anbetracht der Auswirkungen auf ihr Leben ist diese Entschädigung Nichts“, erklärt Christian Kpandei, Fischer aus Bodo, der BBC. „Aber es gibt keine anderen

Möglichkeiten. Das ist der Grund, warum viele Menschen der Bodo-Gemeinschaft diese Einigung akzeptieren.“¹ Die Auszahlung der Entschädigung reicht nicht, um die Zukunft derjenigen zu sichern, die ihre Existenzgrundlage verloren haben. Die Einwohner von Bodo warten noch heute darauf, dass ihr Lebensraum gereinigt wird.

In Nigeria verwaltet Shell seit den 1950er Jahren etwa 50 Ölfelder und 5.000 Kilometer Pipelines, welche laut Amnesty veraltet und nachlässig unterhalten sind. Das Ölleck in Bodo ist kein Einzelfall. Shell selbst spricht von fast 1.700 Öllecks an seinen Pipelines im Niger-Delta seit 2007 – was laut Amnesty International eine viel zu niedrige Schätzung ist. Die meisten Opfer erhalten keinen Schadensersatz. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen hat Shell zudem vorgeworfen, ölverseuchte Gebiete nicht richtig zu reinigen. Im Fall des Dorfes Kegbara Dere stellt Amnesty International 2015 fest, dass – obwohl dieser Ort laut Shell gereinigt wurde – die Böden auch 45 Jahre nach der Ölpest immer noch verseucht sind.

¹ <http://www.bbc.co.uk/programmes/p02fwl8t>

Shell und Menschenrechte

Ende 2015 hielt der luxemburgische Pensionsfonds Wertpapiere von Royal Dutch Shell im Wert von über 9 Millionen Euro.

Das Vorgehen von Shell steht im Widerspruch zu folgender Konvention:

- ICESCR

Es besteht ein Risiko für die Verletzung folgender Rechte:

- Recht auf einen angemessenen Lebensstandard
- Recht auf Nahrung
- Recht auf Gesundheit
- Recht auf Wasser

Das Vorgehen des Unternehmens steht im Widerspruch zu folgenden SDG:

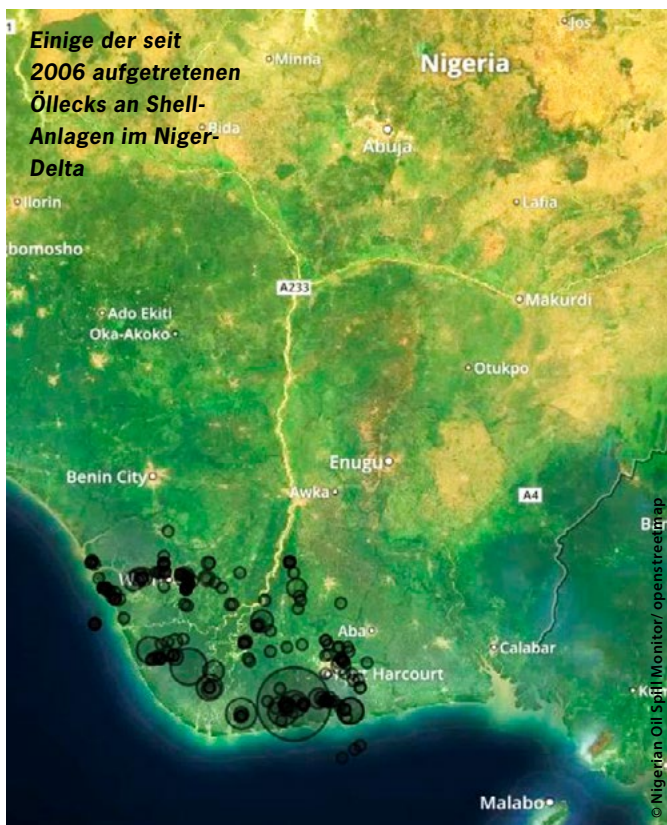


© Alagoa Morriss, ERAction Nigeria

Die Familie Freeborn in Ikarama im Niger-Delta in Nigeria. Hinter ihrem Haus ist auslaufendes Öl aus einer Pipeline in Brand geraten.

ZUM WEITERLESEN

- CEHRD, Amnesty International: Clean it up: Shell's false claims about oil spills response in the Niger Delta, 2015. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr44/2746/2015/en/>
- Amnesty International: Ce qu'apportent les 55 millions £ d'indemnisation de Shell. <https://www.amnesty.org/fr/latest/campaigns/2015/04/nigeria-shell-oil-compensation/>
- <http://erafoen.org> (Environmental Rights Action, Friends of the Earth Nigeria)



LANDRAUB FÜR PALMÖL: WILMARS PLANTAGEN IN INDONESIA



Regenwald muss Platz
machen für Palmöl-
Monokulturen.

© Annabelle Lemaire/Carole Heckinger

Indonesien ist – hinter Brasilien – Weltmeister im Abholzen seiner tropischen Wälder: es verliert jährlich um 620.000 Hektar – fast 2,5 mal die Fläche von Luxemburg. Aber auch 85% der noch bestehenden indonesischen Waldfläche ist nach Angaben von Friends of the Earth Indonesien in den Händen von Konzernen.

Indonesien ist zusammen mit Malaysia der größte Palmölproduzent der Welt. Palmölplantagen erstrecken sich allein in Indonesien über 9 Millionen Hektar, eine Fläche fast 35 mal so groß wie Luxemburg. Palmöl ist das am häufigsten verwendete Pflanzenöl der Welt, jedes

zweite Produkt aus dem Supermarkt enthält Palmöl. Die Palmöl-Branche steht wegen ihrer Umwelt- und sozialen Auswirkungen und Landraub stark in der Kritik. Zudem werden in diesen riesigen Monokulturgebieten die Landrechte der indigenen Bevölkerung und lokalen Gemeinschaften oft nicht anerkannt.

Wilmar International ist der größte Palmölhändler der Welt und wird seit Jahren wegen illegaler Brandrodungen und Abholzungen von Tiefland-Regenwäldern in Indonesien kritisiert. 2011 wurde das Dorf Sungai Beruang auf der indonesischen Insel Sumatra gewaltsam von



Palmöl ist das am häufigsten verwendete Pflanzenöl der Welt.

© Antoine Lemaire/Carole Reckinger

Sicherheitskräften von Wilmars Tochterfirma PT Asiatic Persada geräumt: Häuser wurden zerstört und auf die flüchtenden Menschen wurde geschossen. Die NGO „Rettet den Regenwald“ spricht von mindestens 100 Konflikten um Land und Menschenrechte, in denen der multinationale Konzern verwickelt war. Newsweek krönte 2012 Wilmar zur „environmentally worst performing company in the world“.

Aufgrund des anhaltenden öffentlichen Drucks und laufender Kampagnen durch Umweltgruppen hat sich Wilmar 2013 dazu verpflichtet, bis Dezember 2015 jegliche Waldzerstörung und Menschenrechtsverletzungen aus ihrer Lieferkette zu beseitigen. Ohne Kontrolle reichen solche freiwillige Verpflichtungen jedoch nicht aus. NGOs bleiben kritisch, denn viele Landkonflikte zwischen Wilmar und der lokalen Bevölkerung sind weiterhin ungelöst. So urteilt zum Beispiel im Februar 2017 die umstrittene RSPO (Roundtable on Sustainable Palm Oil), dass Wilmars Tochterunternehmen PT Permata Hijau Pasaman 1 sich ungerechterweise das Land der Kapa-Gemeinschaft in West-Sumatra angeeignet hat. Studien von Friends of the Earth zeigen, dass Wilmar auch in Nigeria und Uganda in Fälle von Landraub für Palmöl verwickelt ist. ■

ZUM WEITERLESEN

- FPP, Sawit Watch, Tuk Indonesia: Conflict or Consent? The oil palm sector at a crossroads, 2013. <http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2013/11/conflict-or-consentenglishlowres.pdf>

Wilmar und Menschenrechte

Ende 2015 hielt der luxemburgische Pensionsfonds Wertpapiere von Wilmar International Ltd. im Wert von etwa 230.000 Euro.

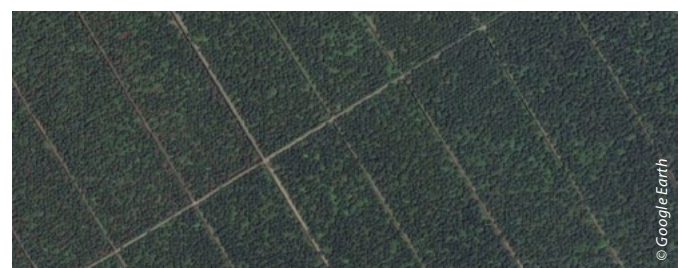
Das Vorgehen von Wilmar steht im Widerspruch zu der folgenden Konvention:

- ICCPR

Es besteht ein Risiko für die Verletzung des folgenden Rechts:

- Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (Recht auf Selbstbestimmung)

Das Vorgehen des Unternehmens steht im Widerspruch zu folgenden SDG:



© Google Earth

Palmölplantage von PT Permata Hijau Pasaman 1, einer Tochtergesellschaft von Wilmar International

STAND WITH STANDING ROCK: DIE DAKOTA ACCESS PIPELINE AUF HEILIGEM LAND

Die fast 2.000 km lange Pipeline soll täglich 75 Millionen Liter Rohöl befördern.

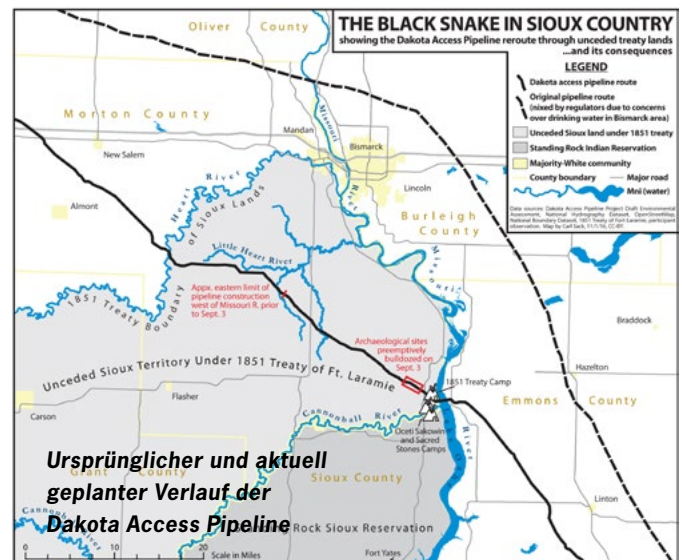
© Tony Webster

Im April 2016 versammelten sich zahlreiche Indigene im *Standing Rock*-Reservat in den USA, um gegen die Dakota Access Pipeline (DAPL) zu protestieren. Diese 1.825 km lange, unterirdisch verlegte Pipeline soll täglich 75 Millionen Liter durch *Fracking* gewonnenes Rohöl von North Dakota bis nach Illinois befördern.

Das seit 2014 geplante Pipeline-Projekt wird von mehreren Unternehmen betrieben: Dakota Access LLC (eine Filiale von ETP – Energy Transfer Partners), Enbridge Inc., Phillips 66 und Marathon Petroleum Corporation. Der luxemburgische Pensionsfonds investiert in alle diese Unternehmen.

Die *Native Americans* befürchten, dass im Falle eines Lecks ihre Haupttrinkwasserquelle verseucht wird. Ursprünglich sollte die Pipeline nördlich der Landeshauptstadt Bismarck verlaufen. Aus Besorgnis über potentielle Verschmutzungen des Trinkwassers der Stadt Bismarck wurde sie an die Grenze des Reservates verlegt. Die *Native Americans* fordern die gleichen Rechte und die gleiche Behandlung wie die Einwohner von Bismarck.

Darüber hinaus wurden beim Bau der Pipeline heilige Grab- und Kultstätten des Stammes zerstört. LaDonna Bravebull Allard, eine der Stammesältesten, schreibt: „Die US-Regierung radiert unsere wichtigsten kulturellen und spirituellen Gebiete aus. Und so wie sie unseren Fußabdruck aus der Welt löscht, so löscht sie uns als Volk aus.“²



© Carl Sack

Aus der Sicht der *Native Americans* verstößt die US-Regierung gegen geltende Verträge. Ein Teil der Pipeline verläuft auf Land, das den Sioux durch die *Fort Laramie Verträge* von 1851 und 1868 zugeschrieben wurde. Dieses Land wurde ihnen 1889 von der US-Regierung abgenommen – was die *Native Americans* noch immer als illegal ansehen, und was 1980 vom höchsten US-Gericht verurteilt wurde. Die Sioux wurden nicht in die Planungsphase des Projektes miteinbezogen, wie UN-Sonderberichterstatterin Victoria Tauli-Corpuz betont.

² <http://www.yesmagazine.org/people-power/why-the-founder-of-standing-rock-sioux-camp-cant-forget-the-whitestone-massacre-20160903>

Im Juli 2016 haben die Sioux ein Gerichtsverfahren eingeleitet. Der Bau der DAPL wurde von der Obama-Administration vorübergehend gestoppt, aber Anfang 2017 von Präsident Trump wiederaufgenommen – Trump wurde im Übrigen während seines Wahlkampfes vom CEO von Energy Transfer Partners finanziell unterstützt. Am 7. März 2017 genehmigte ein US-Bundesgericht endgültig die Fortsetzung des Baus. Victoria Tauli-Corpuz zeigt sich besorgt, dass die „Fähigkeit indigener Völker, ihre heiligen Orte zu schützen, durch das US-amerikanische Rechtssystem stark eingeschränkt wird“.

ZUM WEITERLESEN

- Benjamin Borgerding: Standing Rock und der Protest gegen die Dakota Access Pipeline, 2016. <https://blog.greenpeace.de/artikel/standing-rock-protest-gegen-die-dakota-access-pipeline>
- Victoria Tauli-Corpuz, UN United Nations Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples: End of Mission Statement, 2017. <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=21274&LangID=E>

DAPL und Menschenrechte

Ende 2015 hielt der luxemburgische Pensionsfonds Wertpapiere der beteiligten Unternehmen in Höhe von insgesamt über 11 Millionen Euro.

Das Vorgehen der vier DAPL-Unternehmen steht im Widerspruch zu folgenden Konventionen:

- ICERD
- ICESCR
- ICCPR

Es besteht ein Risiko für die Verletzung folgender Rechte:

- Recht auf Wasser
- Recht auf Religionsfreiheit und auf Gleichbehandlung
- Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (Recht auf Selbstbestimmung)

Das Vorgehen des Unternehmens steht im Widerspruch zu folgenden SDG:



Mitglieder verschiedener indigener Gruppen vom ganzen amerikanischen Kontinent schlossen sich den Protesten an.

© Joe Brusky



Anti-Glyphosat-Demonstration in Hamburg

© Karin Desmerowitz/campact

VERGIFTETE BAUERN: MONSANTOS HERBIZIDE UNTER WELTWEITER KRITIK

Monsanto wird vorgeworfen, hochgiftige Chemikalien zu vermarkten, und die an Mensch und Umwelt verursachten Schäden durch Lobbyarbeit und Fälschung von Studien zu verschleiern.

Das Monsanto-Produkt Round Up, das Glyphosat enthält, wird aktuell in den USA beschuldigt, für die Entwicklung des Non-Hodgkin-Lymphoms verantwortlich zu sein. Es liegen derzeit mehr als 50 Klagen gegen Monsanto vor. Laut Rechtsanwalt Timothy Litzenburg, dessen Kabinett etwa 1.000 an diesem Blutkrebs erkrankte Menschen vertritt, reicht es schon aus, zwei Tage im Jahr mit Glyphosat in Kontakt zu sein, um das Risiko eines Lymphoms zu verdoppeln oder gar zu verdreifachen.

Gerichtsunterlagen, die im März 2017 von einem US-Bezirksrichter freigegeben wurden, weisen darauf

hin, dass Monsanto Studien verfälscht hat und schon seit Jahren vom Krebsrisiko durch Glyphosat gewusst haben muss. Auch die Weltgesundheitsorganisation hat das Produkt im März 2015 als „wahrscheinlich krebserzeugend“ eingestuft.

In einem rezenten Schreiben an den EU-Kommissionspräsidenten fordern 30 Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Glyphosat in Europa nicht zuzulassen, solange ein Verdacht besteht, dass die Risikobewertung aufgrund von mindestens einer von Monsanto gefälschten Studie stattgefunden habe.

Ein weiteres Monsanto-Herbizid, Lasso, verursacht schwere gesundheitliche Folgen. Der französische Bauer Paul François wurde 2004 durch das Einatmen von Lasso vergiftet. 2007 beschloss er, gegen Monsanto zu klagen. Er wirft dem Unternehmen unter anderem

vor, über gesundheitliche Risiken Bescheid gewusst zu haben: „Dieses Produkt wurde bereits 1985 vom kanadischen Markt gestrichen, in den Niederlanden und Belgien 1991. Wenn es also gefährlich für meine Kollegen war, war es sicherlich auch für uns französische Bauern schon im Jahr 2004 gefährlich.“

Monsanto wurde am 13. Februar 2012 für die Vergiftung von Paul François schuldig gesprochen. Bislang hat er jedoch keine Entschädigung erhalten, weil Monsanto wiederholt in Revision gegangen ist. François erlebt seinen über zehn Jahre andauernden Kampf als sehr kostspielig und moralisch brutal. Ihm zufolge beruht Monsanto Strategie auf der Einschüchterung, Herabwürdigung und Diskriminierung seiner Person und derjenigen, die ihn unterstützt haben. Laut François sind heute mehrere Tausend Landwirte gesundheitlich von Pestiziden betroffen.

Lasso wurde 2007 europaweit verboten. In den USA wird es in hohen Mengen als krebserzeugend eingestuft, bleibt aber trotzdem heute noch für den Einsatz erlaubt.

Die internationale Zivilgesellschaft hat Monsanto im Oktober 2016 in Den Haag symbolisch vor Gericht gestellt um die Straflosigkeit des Konzerns anzufechten. Die Richter haben am 18. April 2017 ihr Gutachten abgegeben, in dem sie Monsanto vorwerfen, gegen Menschenrechte zu verstoßen. ■

Monsanto und Menschenrechte

Ende 2015 hielt der luxemburgische Pensionsfonds Wertpapiere der Monsanto Company im Wert von etwa 3,3 Millionen Euro.

Das Vorgehen von Monsanto steht im Widerspruch zu folgenden Konventionen:

- ICCPR
- ICESCR

Es besteht ein Risiko für die Verletzung folgender Rechte:

- Recht auf Gesundheit
- Recht auf die Freiheit der Forschung

Das Vorgehen des Unternehmens steht im Widerspruch zu folgenden SDG:



ZUM WEITERLESEN

- www.monsanto-tribunal.org/
- Paul François, Lasso victim, France. Pressures on stakeholders and institutions. Monsanto Tribunal, October 16th, 2016. <https://vimeo.com/channels/mten/page:9>



Das
Monsanto-Tribunal
in Den Haag,
Oktober 2016

G. de CROP / fotografe@laposte.net

BEISPIELE ANDERER PENSIONSFFONDS



Der luxemburgische Pensionsfonds kann sich im Hinblick auf ein ethisch verantwortungsvolles Investment an Erfahrungen und Vorgehensweise vergleichbarer Fonds anlehnen. Es existieren weltweit einige Pensionsfonds, deren Investmentpolitik zumindest teilweise von ethischen Kriterien beeinflusst oder bestimmt wird. Die Bandbreite geht hierbei von einem halbherzigen Anwenden einzelner Regeln bis hin zu einer weitgehenden Kontrolle sämtlicher Investments.

Der niederländische Stichting Pensioenfond ABP ist vor allem in Fragen von Umwelt und Menschenrechten sehr aktiv und hat Kriterien vorgelegt, die auch Anwendung finden: So wurden Baufirmen in Qatar kritisiert und bei Samsung wurde Schadensersatz für erkrankte Mitarbeiter erstritten.

Der Canada Pension Plan Investment Board orientiert sich an ESG-Faktoren. Der Fonds hat eine Sustainable Investing Group eingerichtet und nimmt Einfluss auf Unternehmen. So drängte er die Ölkonzerne Exxon und Chevron zu mehr Maßnahmen für den Klimaschutz.

Der schwedische Sjunde Allmänna Pensionsfonden (AP7-Fonds) verfügt über einen Ethikrat, der wohl auch einen entsprechenden Einfluss auf die Investmentpolitik nimmt. Die *ethical guidelines* beziehen sich jedoch nur auf interne Personalfragen und Themen wie Insider-/ Interessenskonflikte. Es wird auch ein Sustainability Report erstellt.

Die Investitionspolitik des Norwegischen Pensionsfonds GPFG wird national und weltweit aufmerksam beobachtet. Die Ethik-Richtlinien sind von über 20 großen privaten Fondsanbietern übernommen worden.

Schon Ende der 1990er Jahre wurden in dem Erdölförderland Norwegen Stimmen laut, dass der Staatsfonds nicht nur zur intergenerationellen Gerechtigkeit, sondern auch zur Umsetzung der Werte und Normen des Landes in der Gegenwart beitragen solle. 2004 wurden schließlich vom Parlament ethische Richtlinien für die Anlagepolitik beschlossen. Dazu zählt neben dem Einsatz für Menschenrechte auch der Klimaschutz. Der Fonds steht unter der Verwaltung der Norwegischen Staatsbank, welche die Anlage-Richtlinien vom Finanzministerium erhält.

Der Fonds soll nur noch Unternehmen in seinem Portfolio haben, die diese Richtlinien einhalten. In Unternehmen, die gegen die Umsetzung dieser Ziele wirken und keine Besserung geloben, soll nicht länger investiert werden. Im Vordergrund steht aber ein aktiver Dialog mit den Unternehmen. Der Ausschluss aus dem Portfolio des Fonds soll nur ein letzter Schritt sein. Verantwortlich für dieses *active ownership* ist die Staatsbank.

Die Richtlinien haben verschiedene Dimensionen und sind sehr differenziert: Sie zielen ebenso auf *good governance* wie auf eine ethisch gerechte Wirtschaft. Sie betreffen Unternehmen, die Tabak oder Waffen produzieren (bzw. entsprechende Beteiligungen) oder im normalen Anwendungsfall fundamentale Menschenrechte verletzen. Ebenfalls sollen Unternehmen aus dem Portfolio verbannt werden, die zu ernsthaften oder systematischen Menschenrechtsverletzungen beitragen, wozu vorsätzliche Tötung, Folter, Freiheitsberaubung, Zwangsarbeit und Kinderarbeit gezählt werden. Ferner werden erhebliche Beeinträchtigungen individueller Rechte in Situationen von Krieg und Konflikten ebenso wie Korruption und andere ernsthafte Verletzungen fundamentaler ethischer Normen genannt. Darüber hinaus zählt zu den *guidelines* die Aussage, dass Unternehmen ausgeschlossen werden sollen, die zu einer ernsthaften Schädigung der Umwelt beitragen, u.a. Unternehmen, die Urwald für den Anbau von Palmöl abholzen. In der Folge eines Parlamentsbeschlusses von 2015 sind auch keine Investitionen in Energie- und Bergbau-Unternehmen mehr erlaubt, die mehr als 30% ihrer Aktivitäten und Gewinne mit Kohle machen oder starke Umweltschäden produzieren. 2015 zog sich der Fonds aus 73 Unternehmen zurück, bis Mitte 2016 aus 66 weiteren.

Beraten wird der Fonds von einem unabhängigen Ethikrat, der Empfehlungen zu Unternehmen, die gegen die Standards verstoßen, abgibt. Auf Basis dieser Einschätzungen weist das Finanzministerium das Fondsmanagement an, in bestimmte Unternehmen nicht mehr zu investieren bzw. sie mit dem Ziel unter Beobachtung zu setzen, dass sie Abhilfe schaffen. Das Ministerium hat dann das Letztentscheidungsrecht, scheint den Vorschlägen aber meist zu folgen. Die fünf Mitarbeiter des Ethikrates werden von der Bank vorgeschlagen und vom Ministerium ernannt. Sie vertreten verschiedene gesellschaftliche Sphären und erhalten für die monatlichen Sitzungen eine Aufwandsentschädigung.

Bank und Rat produzieren einen *Report on Responsible Investment*, gehen an die Presse und stellen ihre Strategie

vor. Über die einzelnen Ausschlussentscheidungen wird transparent und öffentlich kommuniziert. Dazu kommen regelmäßige Treffen und eine starke Präsenz des Fonds auf *assemblées générales* der Unternehmen. ■

ZUM WEITERLESEN:

- Daniel Reiche, 2008: Staatsfonds als neues Instrument der Klimaschutzpolitik? <https://epub.wupperinst.org/files/3085/WP173.pdf>
- Hans-Jürgen Jakobs, 2016: Wem gehört die Welt?
- Council on Ethics for the Norwegian Government Pension Fund Global: Guidelines, 2014. <https://nettsteder.regjeringen.no/etikkradet/en/guidelines/>

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der luxemburgische Pensionsfonds hat mit seinem Bekenntnis für eine sozial verantwortlichere Investitionspolitik 2011 erste Schritte in die richtige Richtung gemacht. Allerdings bleibt noch viel zu tun, um den Anforderungen der *Sustainable Development Goals*, des *Paris Agreements* und der internationalen Konventionen, die Luxemburg ratifiziert hat, gerecht zu werden.

In dieser Studie haben wir anhand von fünf Beispielen aufgezeigt, dass der Pensionsfonds Wertpapiere von Unternehmen besitzt, die den Anforderungen der ratifizierten Konventionen eindeutig nicht gerecht werden und in ihrem Vorgehen Menschenrechte nachweislich verletzen. Diese Beispiele sind keine Einzelfälle. Dies zeigt, dass das vom Pensionsfonds gewählte *Screening*-Verfahren nicht greift und ernstzunehmende Mängel aufweist.

Die *Sustainable Development Goals* und das *Paris Agreement* markieren neue internationale Rahmenbedingungen und Anforderungen, die ihren Niederschlag in der Investitionspolitik des Pensionsfonds finden müssen. Das Gleiche gilt für das Votum des EU-Parlaments vom November 2016, das speziell die europäischen Rentenfonds zu grundsätzlicher Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialkriterien und mehr Transparenz auffordert. Da viele Unternehmen in Entwicklungsländern tätig sind, müssen die Investitionen des Pensionsfonds – und genauso auch die Investitionen anderer öffentlicher Fonds (Zukunftsfonds des Finanzministeriums, Investitionsfonds der Luxemburger Zentralbank...) – auch gemäß dem EU-Vertrag von Lissabon kohärent mit der Entwicklungspolitik sein.

WAS BEDEUTET DIES NUN PRAKTISCH?

Wie Votum Klima schon im Herbst 2016 gefordert hat, soll sich der Pensionsfonds aus allen Unternehmen der Kohle- und Atomenergie und schrittweise aus allen Unternehmen der gesamten fossilen Energiebranche zurückziehen. Doch darüber hinaus kann es im weiteren Verlauf nicht darum gehen, eine Branche nach der anderen auszuschließen, sondern darum, die generelle Vorgehensweise des Pensionsfonds sowie der anderen öffentlichen Fonds fit für die neuen internationalen Anforderungen zu machen:

- Die Investitionspolitik muss **proaktiver** werden. Bei den aktiv gemanagten Investitionen müssen ethische Fonds und Fonds mit dezentralen erneuerbaren Energien sowie verbindlichen Vorgaben für den Respekt von Menschenrechten den Vorrang haben. Dies bedeutet nicht zwangsläufig eine Reduzierung der Kapitalerträge, wie viele ethische rentable Fonds mittlerweile bewiesen haben. Im Gegenteil: Eine aufmerksame Beobachtung des betroffenen Umfelds der Unternehmensaktivitäten kann auch teure Fehlentscheidungen verhindern. Die verbleibenden passiven Investitionen über Indexfonds sollten ausschließlich in Indexe mit ESG-Kriterien investiert werden.
- Ein großes Problem stellt das derzeit praktizierte *Screening* dar, denn es hat sich als ineffizient erwiesen: Es ist oberflächlich und reaktiv; der Rhythmus von Halbjahresberichten erlaubt weder rasche Reaktionen noch einen Einfluss auf Risiken durch kurzfristig anstehende Betriebsentscheidungen. Dies mag zum Teil an der beauftragten Firma GES liegen (siehe Seite 9ff),

zum Teil an der Art und dem Volumen des Auftrags. Von daher ist eine Überarbeitung und **Neuausschreibung des Screenings** notwendig. Dabei müssen die Kriterien neu definiert und offengelegt werden. Dazu gehört auch Transparenz über die Bedingungen, unter denen ein Unternehmen auf die graue Liste kommt, wann sie wieder davon heruntergenommen werden kann, und wann ein Unternehmen auf die schwarze Liste kommt. Möglicherweise sind auch mehrere „Graustufen“ sinnvoll, um Veränderungen positiv (oder negativ) wahrzunehmen und gegebenenfalls sanktionieren zu können. Wenn Filialen eines Konzerns auf die graue oder schwarze Liste kommen, gehören automatisch auch deren Konzernmütter auf die gleiche Liste, denn man muss von einer strukturellen Abhängigkeit und einheitlichen Philosophien innerhalb der Unternehmen ausgehen. Wenn Unternehmen ausgeschlossen werden, ist dies der Öffentlichkeit über die Medien mitzuteilen, um eine Signalwirkung eines Ausschlusses zu gewährleisten (denn natürlich können solche Unternehmen schnell Ersatzinvestoren finden).

- Die vom Pensionsfonds beauftragten **Fondsmanager** dürfen generell nicht mehr alleine danach beurteilt werden, ob sie die quantitativen Renditevorgaben erreichen, sondern auch ob sie die neu festzulegenden Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen. Sicherlich ist auch die derzeitige Personalausstattung des Pensionsfonds viel zu dünn, um zusätzliche nachhaltige Kriterien bei den Investitionen umzusetzen.

- Die Regierung selbst muss ihrer **Verantwortung** für die Politik der öffentlichen Fonds präziser gerecht werden, indem sie genaue und transparente Vorgaben für den Rahmen festlegt, innerhalb dessen die Fonds handeln. Dies sind zum Beispiel eine Definition der Prüfsteine für die Kohärenz mit den ratifizierten Konventionen und internationalen Vereinbarungen, die Kriterien für den Ausschluss von Unternehmen und die Beurteilungen der Fondsmanager, usw.
- Die Regierung kann sich hierfür Unterstützung holen durch ein neu zu schaffendes Beratungsgremium, einen sogenannten **Ethikrat**. Die Verantwortung bleibt jedoch bei der Regierung. So haben bereits etliche staatliche Pensionsfonds in anderen Ländern sich mit solchen Gremien ausgestattet.

Es geht uns hier nicht darum, dass Luxemburg solcherlei Strukturen 1:1 übernimmt, aber diese Beispiele bieten hilfreiche Anregungen und zeigen, dass mehr Respekt von Umwelt- und Menschenrechten in der Investitionspolitik strukturell machbar ist, ohne die Sicherheit der Renten zu gefährden.

Wenn sich Luxemburg auf glaubwürdige Art und Weise als weltweit führender grüner Finanzplatz präsentieren will, muss der Pensionsfonds als öffentlicher und mit über 15 Milliarden Euro verhältnismäßig großer Fonds zwangsläufig mit gutem Beispiel vorangehen.

Dies sind letztendlich Fragen, die auf Regierungsebene geklärt werden müssen. Es bedarf nur des politischen Willens. ■

Die Plattform Votum Klima wird von folgenden 26 luxemburgischen Nichtregierungsorganisationen getragen:

